

TISCHVORLAGE

Anträge zur Wahlplattform 2015

Ausserordentlicher Wahlparteitag

SP Schweiz

Samstag, 14. Februar 2015

CERM Martigny



TRAKTANDUM 5: WAHLPLATTFORM 2015

Forderung 1: Lohngleichheit mit verbindlichen Vorgaben und flächendeckenden Gesamtarbeitsverträgen durchsetzen

A-1 Für GAVs, mit denen die Lohngleichheit durchsetzbar ist

Antragsteller: Parti socialiste genevois

Ziel: Neue Formulierung von Titel und Text von Forderung 1

Text: *Ebenso kämpft die SP dafür, dass in allen Branchen Gesamtarbeitsverträge abgeschlossen werden, welche Minimallöhne beinhalten, Weiterbildungsmöglichkeiten und Lohnskalen, die einen verbindlichen Rahmen für die konkrete Umsetzung der Lohngleichheit von Männern und Frauen abgeben. Die GAV bieten den Beschäftigten Schutz und garantieren ihnen faire Arbeitsbedingungen. Heute ist jedoch nur rund die Hälfte von ihnen einem GAV unterstellt. Die SP setzt alles daran, die gesetzten Ziele zu erreichen.*

Ersetzt folgenden Absatz in der Forderung 1: «Ebenfalls kämpft die SP für die Einführung von Gesamtarbeitsverträgen in sämtlichen Branchen. GAV regeln den Mindestlohn, die Lohnentwicklung, Möglichkeiten für Weiterbildung oder die Arbeitszeit. Sie bieten Schutz und sind Garant dafür, dass am Arbeitsplatz faire Bedingungen gelten. Leider sind bis heute nur etwa die Hälfte aller Berufstätigen von einem GAV geschützt. Dies wollen wir ändern.»

Begründung: Es ist wichtig, unsere Forderungen bezüglich Lohngleichheit und GAV zu verdeutlichen: Die GAV sollen ganz direkt der Verwirklichung der Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern dienen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Geschäftsleitung ist mit der Stossrichtung der Formulierung im Text des Antrags einverstanden und ist der Ansicht, dass sie inhaltlich absolut mit dem bestehenden Text übereinstimmen. Gesamtarbeitsverträge sind ein wichtiges und wirksames Instrument, um die Lohngleichheit voranzutreiben, aber auch andere Arbeitsbedingungen verbindlich festzuschreiben. Die SP setzt sich deshalb für eine flächendeckende Einführung von GAVs ein, wie es auch die Antragstellenden formulieren. Da momentan lediglich 50% der Arbeitnehmenden von einem GAV gedeckt sind, muss die Lohngleichheit auch mit zusätzlichen gesetzlichen Massnahmen realisiert werden, d.h. verbindlichen Zielvorgaben und Sanktionsmöglichkeiten, weshalb die Geschäftsleitung diese Forderung im Titel explizit beibehalten möchte.

Forderung 3: Die Erhöhung der Renten um 10 Prozent gewährleistet ein Alter in Würde

A-2 Ein wirklich würdiges Leben im Alter sicherstellen

Antragsteller: Parti socialiste genevois

Ziel: Neuer Titel von Forderung 3

Text: *Erhöhung der Renten um 10 Prozent und Abschaffung der Ehepaarrenten, um für alle ein würdiges Leben im Alter sicherzustellen.*

Ersetzt den Titel zu Forderung 3: «Die Erhöhung der Renten um 10 Prozent gewährleistet ein Alter in Würde.»

Begründung: Es ist auch an der Zeit, der schreienden Ungerechtigkeit der Ehepaarrenten ein Ende zu setzen, die zur Prekarisierung im Rentenalter beitragen.

A-3 Finger weg vom Rentenalter, weg mit den Ehepaarrenten

Antragsteller: Parti socialiste genevois

Ziel: Neue Formulierung im Text von Forderung 3

Text: *Die AHV-Renten müssen – ohne Erhöhung des Rentenalters – um 10 Prozent erhöht und die Ehepaarrenten abgeschafft werden.*

Ersetzt den letzten Satz des zweiten Abschnitts: «Die Renten der AHV müssen um 10 Prozent erhöht werden.»

Begründung: Um allen ein Alter in Würde zu garantieren, muss darauf geachtet werden, dass es zu keiner Erhöhung des Rentenalters kommt. Es ist auch Zeit, der schreienden Ungerechtigkeit der Ehepaarrenten ein Ende zu setzen, die zur Prekarisierung im Rentenalter beitragen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung von A2 und A3

Begründung: Aus Sicht der SP ist die AHV eine der grössten sozialen Errungenschaften, die sich die Schweiz gegeben hat. Sie ist repräsentativ für die Werte der SP bezüglich der sozialen Gerechtigkeit, weil sie eine sehr hohe Solidarität zwischen den Reichen und den Armen mit sich bringt. Gleichzeitig gilt es, die AHV in einen komplexen Kontext einzubetten. Für die Geschäftsleitung muss die Ehepaarrente unter Berücksichtigung der Gesamtheit des Systems betrachtet werden. Und zwar beinhaltet die AHV diverse Bestimmungen, die Ehepaare begünstigen. Dies sind Vorteile, die den Konkubinatspaaren nicht zugestanden werden:

- Beitragsbefreiung, wenn einer der Ehegatten einer Erwerbstätigkeit nachgeht und den doppelten Mindestbeitrag (960 Franken pro Jahr) entrichtet;
- Witwen- und Witwerrenten;
- Einkommensteilung, welche bei Ehepaaren zu einer Verbesserung der Renten führt. Dies trifft nicht zuletzt auf Personen mit tiefen Einkommen zu;

- Verwitwetenzuschlag, welcher die Rente des überlebenden Ehegatten um 20 Prozent verbessert.

Abschliessend beläuft sich die Gesamtsumme der Mehrkosten und der Beitragsausfälle, die in Zusammenhang mit den Vorteilen für verheiratete Paare stehen, auf 2,8 Milliarden Franken. Im Gegenzug erlaubt die Rentenplafonierung Einsparungen von 2 Milliarden Franken. Folglich und gesamthaft ergibt sich in der AHV ein jährlicher Bonus von 800 Millionen Franken zugunsten von verheirateten Paaren. Ausserdem würde die Aufhebung der Rentenplafonierung für mittlere und hohe Einkommen substantielle Verbesserungen bringen, dies auch in Anbetracht der Renten aus der 2. Säule, was im Gegensatz zu einer sozialdemokratischen Politik steht.

Diese Frage ist im Übrigen aktuell auf dem Tisch mit der CVP-Initiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“, welche die Abschaffung der Ehepaarrente beinhaltet. Die SP-Delegation in der Kommission hat sich einstimmig dagegen ausgesprochen.

A-4 Für unmissverständliche Aussagen zur AHV-Finanzierung

Antragsteller: Parti socialiste genevois

Ziel: Neue Formulierung im Text von Forderung 3

Text: *Doch heute wird dieses Ziel bei zu vielen Menschen nicht mehr erreicht. Es wird behauptet, die AHV blute aus und der Druck auf die zweite Säule steige. Doch entgegen allen Behauptungen: Ob sich die Schweiz eine menschenwürdige Altersvorsorge für alle leisten kann, ist in erster Linie eine Frage des politischen Willens und der Verteilungsgerechtigkeit – und nicht der Altersentwicklung oder des Umwandlungssatzes.*

Ersetzt folgende Sätze im zweiten Abschnitt der Forderung 3 Doch heute wird dieses Ziel bei zu vielen Menschen nicht mehr erreicht – die AHV soll ausgehöhlt werden, der Druck auf die zweite Säule steigt. Doch entgegen aller Behauptungen: Ob sich die Schweiz eine menschenwürdige Altersvorsorge für alle leisten kann, ist nicht primär eine Frage der Altersentwicklung oder des Umwandlungssatzes, sondern des politischen Willens und der Verteilungsgerechtigkeit.

Begründung: Die ursprüngliche Formulierung macht sich die Idee zu eigen, dass die AHV vor dem Konkurs stehe. Davon ist sie heutzutage weit entfernt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

A-5 Bei der Unterstützung von AHVplus die Ergänzungsleistungen nicht vergessen

Antragsteller: SP 60+ (Markus Brandenberger)

Ziel: Ergänzung im Text von Forderung 3

Text: Die SP60+ betragt dem Parteitag, dass der Text des Projektes 3 »Die Erhöhung der Renten um 10 Prozent gewährleistet ein Alter in Würde« mit der folgenden Aussage am Ende ergänzt wird:

Solange die AHV- und IV-Renten keine finanzielle Sicherung für ein würdiges Leben für alle garantieren, setzt sich die SPS dafür ein, dass die Ergänzungsleistungen erhalten bleiben und verbessert werden. Sie achtet darauf, dass bei künftigen Anpassungen in der AHV die IV-Renten und -Ergänzungsleistungen ebenfalls angepasst werden.

Begründung: Bei Forderungen rund um die Sozialwerke AHV/IV darf die Bedeutung der Ergänzungsleistungen nicht vergessen werden: 12% der AHV- und 42% der IV-Rentnerinnen und -Rentner, rund 300 000 Menschen sind heute auf Ergänzungsleistungen angewiesen. Ihnen wird eine Erhöhung ihrer Renten um 10% kaum oder keine Verbesserung bringen. Bis unser Ziel erreicht ist und unser Rentensystem für alle ausreichende Leistungen garantiert, bleiben die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV für viele von existentieller Bedeutung. Wir dürfen dies nicht ausklammern, sondern müssen uns aktiv für ihren Erhalt und ihre Verbesserung einsetzen. Wir lassen dabei nicht zu, dass die beiden wichtigen Sozialwerke AHV und IV auseinanderdividiert werden. Dies muss auch in der Wahlplattform und im Wahlkampf klar zum Ausdruck kommen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme (wird im Text von Punkt 3 am Ende ergänzt)

Forderung 4: Ein ausgebauter Kündigungsschutz bewahrt ältere Arbeitnehmende vor Langzeitarbeitslosigkeit

A-6 Ein stärkeres Sicherungsnetz bewahrt ältere Arbeitnehmende vor Langzeitarbeitslosigkeit.

Antragsteller: Lukas Horrer, Sekretär SP Graubünden

Ziel: Neuer Titel und Ergänzung im Text von Forderung 4

Text: Es sind die Arbeitnehmenden, die mit ihrem Wissen, ihren Fähigkeiten und ihrem Können jeden Tag Wohlstand schaffen und zum Fortschritt der Schweiz beitragen. Dafür brauchen sie anständige Löhne, gute Arbeitsbedingungen und Sicherheit am Arbeitsplatz. Doch gerade ältere Arbeitnehmende zwischen 50 und 65 Jahren werden zunehmend von jüngeren, günstigeren Arbeitskräften aus dem Arbeitsmarkt verdrängt – und enden unverschuldet in der Langzeitarbeitslosigkeit. Diese Situation ist unhaltbar.

Die SP fordert die Einführung von flexiblen Beschäftigungsmodellen, eine Begründungspflicht bei Kündigungen und den Ausbau der Arbeitslosenversicherung und der Kurzarbeit, insbesondere für ältere Arbeitnehmende. Das sichert das finanzielle Auskommen und stabilisiert die Wirtschaft, da der Konsum nicht einbricht. Kurzarbeit muss aber mit einer Weiterbildungsoffensive einhergehen. Zu viele Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung sind heute von der ALV nicht gedeckt. Das muss sich ändern.

Abänderung des Titels: *Ein stärkeres Sicherungsnetz bewahrt ältere Arbeitnehmende vor Langzeitarbeitslosigkeit.*

Begründung: Es ist zu begrüßen, dass die SP Schweiz die Probleme der älteren Arbeitnehmenden im Arbeitsmarkt aufgreift. Die Forderung nach einem ausgebauten Kündigungsschutz ist gut gemeint und populär. Die versprochene Wirkung dürfte aber nicht eintreten. Ein ausgebauter Kündigungsschutz löst einen In-/Outsider Effekt aus. Jene Arbeitnehmenden die einen Job haben, werden privilegiert, alle anderen hingegen geschwächt. Eine 45 Jahre alte Arbeitnehmerin die ihre Stelle verliert, wird es so schwieriger haben wieder eine Anstellung zu finden. Ein 45 Jahre alter Arbeitnehmer mit Stelle hingegen, wird seine dafür kaum mehr verlieren. Wird die Kündigung erschwert, wird eine zurückhaltendere Anstellungspolitik geführt. Das Problem sehen wir in zahlreichen Ländern (z.B. Italien, Spanien). Kluge Arbeitsmarktpolitik kombiniert die Arbeitsmarktflexibilität mit einer umfangreichen Arbeitslosenversicherung. „Flexicurity“ wird dieser Ansatz auch genannt. Empirisch betrachtet funktionieren die Arbeitsmärkte in Ländern mit „Flexicurity“ besser (z.B. Dänemark), während Arbeitsmärkte mit fixem Kündigungsschutz (z.B. Italien) zu Ungerechtigkeiten und einer zu schwachen Marktstellung von Arbeitnehmenden ohne Job führen. Unser Engagement für ältere Arbeitnehmende ist richtig, die geforderten Massnahmen müssen aber auch ökonomisch durchdacht und nicht „nur“ populär sein.

Letztlich ist anzumerken, dass kein Kündigungsschutz vor der konjunkturellen Entwicklung schützen kann. Arbeitsmärkte sind im Prinzip keine eigenen Märkte, sondern lediglich nachgelagerte Märkte. Wer darum die Marktmacht der Stellensuchenden stärken will, der sollte in Aus- und Weiterbildung investieren. Vor allem aber ist eine und nachfrage- und gerechtigkeitsorientierte Wirtschaftspolitik zu machen. Diese schafft Wachstum und damit mehr Jobs.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Begründung: Die Geschäftsleitung ist einverstanden mit den Antragstellenden, dass eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen älterer Arbeitnehmenden nicht starr und eingleisig geschehen darf und nimmt die Ergänzungen im Text gerade auch im Hinblick auf die Folgen der Währungskrise, gerne auf. Als Hauptforderung im Titel möchte die Geschäftsleitung jedoch an einer konkreten und wirksamen Forderung des Kündigungsschutzes festhalten. Die Ergänzung im Text empfiehlt die Geschäftsleitung zur Annahme:

...Die SP fordert die Einführung von flexiblen Beschäftigungsmodellen, die strikte freiwillig von Seiten der Arbeitnehmenden angenommen werden können (z. B. Reduktion der Arbeitszeit), eine Begründungspflicht bei Kündigungen und den Ausbau der Arbeitslosenversicherung und der Kurzarbeit, insbesondere für ältere Arbeitnehmende. Das sichert das finanzielle Auskommen und stabilisiert die Wirtschaft, da der Konsum nicht einbricht. Kurzarbeit muss aber mit einer Weiterbildungsoffensive einhergehen. Zu viele Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung sind heute von der ALV nicht gedeckt. Das muss sich ändern. Ausserdem fordert die SP einen ausgebauten Kündigungsschutz, der zwingend einer Begründungspflicht bedarf. Menschen sind mehr als Kostenfaktoren und dürfen nicht grundlos auf die Strasse gestellt werden.

A-7/A-8

Antragsteller: Parti socialiste genevois

Ziel: Neuer Titel von Forderung 4

Text: *Ein ausgebauter Kündigungsschutz bewahrt junge wie ältere Arbeitnehmende vor Langzeitarbeitslosigkeit.*

Ersetzt den Titel von Forderung 4: «Ein ausgebauter Kündigungsschutz bewahrt ältere Arbeitnehmende vor Langzeitarbeitslosigkeit.»

Begründung: Der Einschluss der Jüngeren in die Forderung ist wichtig, damit nicht eine Generation gegen die andere ausgespielt wird.

Ziel: Neue Formulierung im Text von Forderung 4

Text: *Doch mehr und mehr junge sowie Arbeitnehmende im Alter über 50 haben zunehmend Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt.*

Ersetzt folgenden Satz in der Forderung 4: «Doch gerade ältere Arbeitnehmende zwischen 50 und 65 Jahren werden zunehmend von jüngeren, günstigeren Arbeitskräften aus dem Arbeitsmarkt verdrängt – und enden unverschuldet in der Langzeitarbeitslosigkeit.»

Begründung : Die Jungen und die SeniorInnen bilden die zwei Alterskategorien mit den grössten Problemen auf dem Arbeitsmarkt. Ihre Arbeitslosenraten liegen über dem Durchschnitt. Darum ist es wichtig, dass sich die SP für alle strukturell Benachteiligten engagiert.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die SP ist die Partei, die sich ohne Wenn und Aber für gute Bildung und Arbeitsmarktchancen für junge Menschen einsetzt. Mit allem Verständnis für diese Ergänzung möchte die Geschäftsleitung trotzdem in dieser Wahlplattform am Entscheid festhalten, hier mit konkreten Forderungen die älteren Arbeitnehmenden in den Fokus zu rücken. Auf Bedürfnisse und Probleme, mit denen sich junge Menschen am Arbeitsmarkt konfrontiert sehen, kann man nicht mit den gleichen Massnahmen reagieren, wie für Arbeitnehmende ab 50.

A-9 Für die Schaffung von Arbeitsplätzen und gegen die Prekarisierung bestehender Beschäftigungsmodelle durch flexible Formen

Antragsteller: Parti socialiste genevois

Ziel: Neue Formulierung im Text von Forderung 4

Text: *Die SP fordert eine Weiterbildungsoffensive, unterstützt die Schaffung neuer Arbeitsplätze und einen ausgebauten Kündigungsschutz, der zwingend eine Begründungspflicht (bei Entlassungen) vorsieht.*

Ersetzt folgenden Satz in der Forderung 4: «Die SP fordert eine Weiterbildungsoffensive, die Einführung von flexiblen Beschäftigungsmodellen und einen ausgebauten Kündigungsschutz, der zwingend einer Begründungspflicht bedarf.»

Begründung: Die SP muss sich dafür einsetzen, dass neue Arbeitsplätze entstehen, wo akzeptable Arbeits- und Anstellungsbedingungen herrschen. Die Förderung flexibler Beschäftigungsmodelle entspricht diesem Ziel nicht.

A-10 Ein ausgebauter Kündigungsschutz bewahrt ältere Arbeitnehmende vor Langzeitarbeitslosigkeit.

Antragsteller: Parti socialiste vaudois

Ziel: Neue Formulierung im Text von Forderung 4

Text: Es sind die Arbeitnehmenden, die mit ihrem Wissen, ihren Fähigkeiten und ihrem Können jeden Tag Wohlstand schaffen und zum Fortschritt der Schweiz beitragen. Dafür brauchen sie anständige Löhne, gute Arbeitsbedingungen und Sicherheit am Arbeitsplatz. Doch gerade ältere Arbeitnehmende zwischen 50 und 65 Jahren werden zunehmend von jüngeren, günstigeren Arbeitskräften aus dem Arbeitsmarkt verdrängt – und enden unverschuldet in der Langzeitarbeitslosigkeit.

Auch Beschäftigte, die sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen, laufen zunehmend Gefahr, entlassen zu werden. Diese Situation ist unhaltbar. Die SP fordert eine Weiterbildungsoffensive, Garantien für die Arbeitsstellen von SeniorInnen, damit diese ihren Erfahrungsschatz an den Berufsnachwuchs weitergeben können, und verstärkten Kündigungsschutz. Die Kündigungsfristen und die Kriterien, nach denen eine Entlassung für nichtig oder missbräuchlich erklärt werden kann, müssen sowohl im Gesetz als auch in den GAV ausgeweitet werden. Menschen sind mehr als Kostenfaktoren und dürfen nicht grundlos auf die Strasse gestellt werden.

Begründung: Damit streicht der PSV den schwammigen und vorwiegend durch den politischen Gegner verwendeten Begriff der flexiblen Beschäftigungsmodelle. Der Zusatzantrag präzisiert im Weiteren, in welcher Art und Weise der Kündigungsschutz zu verstärken ist.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Begründung: Die Geschäftsleitung anerkennt, dass der Begriff der flexiblen Beschäftigungsmodellen ungenügend umschrieben war und hat dazu im Antrag zur modifizierten Annahme des Antrags 6 eine Ergänzung vorgeschlagen, welche die Freiwilligkeit betont.

Forderung 6: Die flächendeckende Einführung von Kitas und kostenlosen Tagesschulen führt zu mehr Chancengerechtigkeit

A-11 Bessere Berücksichtigung von fremdsprachigen Kindern in der Wahlplattform 2015

Antragsteller: SP-MigrantInnen (Mustafa Atici, Sektion Quartierverein Gundeldingen-Bruderholz, SP Basel-Stadt)

Ziel: Ergänzung im Text von Forderung 6

Text: Jedes Kind hat ein Recht auf eine gute Bildung. Dieses Recht darf weder vom Portemonnaie der Eltern, von der Herkunft noch vom Wohnort abhängen. Umgesetzt im Alltag ist das Prinzip jedoch nicht: In der Schweiz haben Kinder von gut situierten Eltern bessere Bildungschancen. Antrag: Jedes Kind hat ein Recht auf eine gute Bildung. Dieses Recht darf weder vom Portemonnaie der Eltern, von der Herkunft noch vom Wohnort abhängen. Umgesetzt im Alltag ist das Prinzip jedoch nicht.

Denn bis zu 50% der Kinder in der obligatorischen Schule sprechen als Muttersprache keine Landessprache. Sie müssen stärker unterstützt werden. Im Gegensatz dazu haben Kinder von gut situierten Eltern und Kinder mit der ortsüblichen Sprache als Muttersprache bessere Bildungschancen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

A-12

Antragsteller: Parti socialiste vaudois

Ziel: Streichung einer Formulierung in Forderung 6

Text: Streichung des folgenden Satzes in der Forderung 6:

«Denn die Schule der Zukunft ist mehr als das Aneinanderreihen von Unterrichtslektionen: Die Aufteilung zwischen Betreuungsangeboten und Schule muss überwunden werden, weil sie die Trennung von Erziehung und Bildung, von Betreuung und Förderung zementiert.»

Begründung: Dieser Vorschlag ist nicht klar und könnte je nach Interpretation die halbschulischen Einrichtungen in Frage stellen, die sich in der Westschweiz gebildet haben. Im Unterschied zur Deutschschweiz, wo mancherorts Lehrpersonen im halbschulischen Bereich Verantwortung tragen, besteht in der Suisse romande eine Trennung zwischen diesen Strukturen und dem Schulbereich, mit je eigenem Berufspersonal.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die SP Schweiz anerkennt die verschiedenen Formen von Tagesstrukturen in den Kantonen. Tagesstrukturen unterstützen Familien in ihrer Betreuungsaufgabe, fördern Kinder in ihrer Entwicklung von Sach- und Sozialkompetenzen, begünstigen die ganzheitliche Förderung, die

Integration und tragen zur Chancengleichheit bei. Sie ermöglichen Eltern, Familie und Beruf zu vereinbaren. In diesem Sinne ist diese Formulierung zu verstehen und daran möchte die Geschäftsleitung festhalten.

A-13 Für eine bessere Definition der «Tagesschulstrukturen»

Antragsteller: Parti socialiste genevois

Ziel: Neue Formulierung im Text von Forderung 6

Text: *Ein wichtiges Element dieser Chancengerechtigkeit sind gute öffentliche Schulen und die Schaffung geeigneter Strukturen innerhalb der Schulen, welche die Betreuung von Kindern und Jugendlichen ausserhalb der Unterrichtsstunden erleichtern. All das setzt voraus, dass genügend finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung stehen. Tagesschulstrukturen sind ein ausgezeichnetes Mittel, um den bestehenden Bedürfnissen gerecht zu werden: jenen von Zweiverdiener-Haushalten oder Einelternfamilien und ganz generell den Bedürfnissen der am wenigsten begüterten und benachteiligten Bevölkerungsschichten.*

Ersetzt die zweite Hälfte des zweiten Abschnitts: «Ein wichtiges Element dieser Chancengerechtigkeit ist die Schaffung eines flächendeckenden Tagesschulangebots. Denn die Schule der Zukunft ist mehr als das Aneinanderreihen von Unterrichtslektionen: Die Aufteilung zwischen Betreuungsangeboten und Schule muss überwunden werden, weil sie die Trennung von Erziehung und Bildung, von Betreuung und Förderung zementiert. Tagesstrukturen bilden eine wichtige Grundlage für die Chancengerechtigkeit und fördern alle Kinder optimal. Von guter Bildung für alle profitiert die ganze Schweiz.»

Begründung: Erziehung und Bildung sind die beiden Hauptpfeiler der Tagesschule. Beide Aspekte gehören gebührend gewürdigt, und Betreuer wie Lehrpersonen sind für eine enge Zusammenarbeit unter bestmöglichen Bedingungen auf entsprechende Mittel angewiesen. Die SP muss sich für diese Art Betreuungsstätte einsetzen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Geschäftsleitung möchte an der ursprünglichen Formulierung festhalten, da sie die Forderung im Titel präziser stützt. Siehe auch Begründung zu A12.

Forderung 7: Kindergutschriften sorgen für eine echte Entlastung der Familien

A-14 Eine konkrete und direkte Unterstützung der Familien

Antragsteller: Parti socialiste vaudois

Ziel: Neue Formulierung von Titel und Text von Forderung 7

Text: Seit mehreren Jahren sinkt die Kaufkraft der Familien auf Grund der gestiegenen Lebenshaltungskosten (Mietkosten, Krankenkassenprämien, etc.). Der Druck ist so gross, dass die Gründung einer Familie inzwischen zum Armutsrisikofaktor geworden ist. Ein voller Lohn reicht nicht immer aus, damit eine Familie anständig leben kann, und Einelternhaushalte geraten oft in Notlagen. Die SP ist die Partei, die sich um die Anliegen der Familien kümmert und konkret daran arbeitet, deren Kaufkraft zu stärken. Es ist falsch und ungerecht, wenn über Kinderabzüge in Milliardenhöhe vor allem reiche Eltern mit hohem Einkommen entlastet werden. Deshalb verlangt die SP, dass das bestehende System durch ein einfacheres und gerechteres System mit Steuerrabatt pro Kind ersetzt wird. Im Übrigen würde eine Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen eine rasche und gleichmässige Entlastung aller Familien bewirken. Zudem stellt sich immer noch häufig die Frage der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienleben. Vielerorts fehlt es an Krippen-/Kitaplätzen, an Möglichkeiten für Teilzeitarbeit beider Elternteile, an einem Elternurlaub. Diese Angebotslücken müssen geschlossen werden.

Begründung: Die SP ist die Partei, welche die Interessen und die Kaufkraft der Familien verteidigt. Dieser Schlüsselbegriff fehlt im Textvorschlag der Geschäftsleitung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Begründung: Die Geschäftsleitung möchte auch hier an einer messbaren, konkreten und realisierbaren Forderung für die Familien im Titel festhalten. Gerne ist sie bereit den Aspekt der Entwicklung der Kaufkraft für Familien reinzunehmen. Folgender Auszug des Antrags empfiehlt die Geschäftsleitung nach dem ersten Abschnitt einzufügen:

Seit mehreren Jahren sinkt die Kaufkraft der Familien auf Grund der gestiegenen Lebenshaltungskosten (Mietkosten, Krankenkassenprämien, etc.). Der Druck ist so gross, dass die Gründung einer Familie inzwischen zum Armutsrisikofaktor geworden ist. Ein voller Lohn reicht nicht immer aus, damit eine Familie anständig leben kann, und Einelternhaushalte geraten oft in Notlagen.

Forderung 8: Krankenkassenprämien dürfen höchstens 10 Prozent des Haushaltseinkommens ausmachen

A-15 Nicht zu vergessen: die Ziele in Sachen Krankenversicherung

Antragsteller: Parti socialiste genevois

Ziel: Ergänzung im Text von Forderung 8

Text: Satz am Ende des letzten Abschnitts anfügen:

Die SP bekräftigt, dass ihr Ziel für die Krankenversicherung ein System mit einkommensabhängigen Prämien nach Vorbild der AHV bleibt.

Begründung: Es ist angebracht, unsere Hauptziele in Sachen Krankenversicherung in Erinnerung zu rufen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Geschäftsleitung ist absolut einverstanden damit, dass die Abschaffung der Kopfprämien bei den Krankenkassen ein Ziel ist, das die SP auf lange Frist verfolgen muss. Kurzfristig und angesichts der angespannten finanziellen Situation in den Kantonen ist die vordringliche Forderung jedoch, dass die Prämienlast für die Haushalte auf ein erträgliches Niveau sinkt. Deshalb schlägt die Geschäftsleitung im Einklang mit der Volksinitiative im Kanton Waadt einen Plafond vor. Diese kurzfristige Forderung kann hier nicht im gleichen Atemzug mit der Abschaffung der Kopfprämien genannt werden, weil sie in einem Widerspruch stehen.

Forderung 9: Eine verkehrsberuhigte Begegnungszone in jeder Agglomerationsgemeinde für mehr Lebensqualität für alle

A-16 Für einen starken Service public und einen leistungsfähigen ÖV in den Agglomerationen und auf dem Land

Antragsteller: Parti socialiste vaudois

Ziel: Neue Formulierung von Titel und Text der Forderung 9

Text: Der Service public ist ein Schlüsselement des nationalen Zusammenhalts. Er garantiert die Berücksichtigung der Bedürfnisse eines jeden und einer jeden Bürgerin. Die SP verteidigt einen qualitativ hochstehenden Service public, weil nur der Staat garantieren kann, dass ein flächendeckendes Leistungsangebot besteht und der Zugang dazu nicht plötzlich eine Frage des Portemonnaies ist.

Die Mobilitätsinfrastruktur, ihr Betrieb und die Finanzierung müssen Sache der öffentlichen Hand bleiben. Grosse Distanzen, die früher ein Hindernis darstellten, lassen sich heute in immer kürzerer Zeit zurücklegen. Diese stetig wachsende Mobilität, gekoppelt mit dem starken demographischen Wachstum, hat überfüllte Züge zur Folge und Staus auf den Strassen im Stossverkehr, gar nicht zu reden von den häufigen Spitzenwerten bei den Luftschadstoffen und den Lärmbelastungen. Mit dem Ausbau von Strassen ist diesen Problemen nicht beizukommen, wohl aber mit Änderungen unserer Mobilitätsmuster. In den Agglomerationen braucht es dichtere Netze der öffentlichen Verkehrsmittel ebenso wie eine Verdichtung der Fahrpläne. In den Quartieren müssen die Infrastrukturen für die sanften Verkehrsmittel wie Velowege, Tempo-30-Zonen und separate Busspuren zur Regel werden. Auf dem Land muss das Busnetz weiterentwickelt werden. Für die Buslinien ist ein viel attraktiveres Taktangebot erforderlich, als es heute besteht, und sie müssen systematisch auf regionale Eisenbahnknoten mit guten Zugverbindungen ausgerichtet sein.

Begründung: Der Text zur Forderung 9 ist nicht sehr klar, und die Botschaft der SP bleibt im Ungefähren. Die SP muss in erster Linie den Service public verteidigen. Dieser ist der einzige Garant für die Zugänglichkeit guter Leistungen für alle BürgerInnen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die formulierte Forderung nach einer Begegnungszone in jeder Agglomerationsgemeinde, die zu mehr Identität und Lebensqualität führt, ist aus Sicht der Geschäftsleitung sowohl messbar und auch verständlich. Ausserdem reiht sich dieser Punkt in das laufende Agglomerationsprojekt der Partei ein, welches aktuell mit über 30 Sektionen aus den verschiedensten Agglomerationen angelaufen ist. Aus diesem Grund hat sich die Geschäftsleitung für diesen Fokus entschieden. Selbstverständlich kämpft die SP auf allen Ebenen, auf dem Land und in der Stadt für einen starken Service public und einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr.

Forderung 10: Ein rascher und verbindlicher Atomausstieg ermöglicht eine erfolgreiche und erneuerbare Energiezukunft

A-17 Ein rascher und verbindlicher Atomausstieg ermöglicht eine erfolgreiche und erneuerbare Energiezukunft

Antragsteller: Parti socialiste vaudois

Ziel: Neue Formulierung von Forderung 10

Text: Die Schweiz muss sich eilends aus ihrer Abhängigkeit von der Kernenergie lösen. Die Katastrophe von Fukushima hat einmal mehr deutlich gemacht, dass ein Umstieg auf erneuerbare Energien rasch und dringend notwendig ist. In Anbetracht der Gefährlichkeit von Kernkraftwerken ist es unerlässlich, deren Lebensdauer auf 50 Jahre zu begrenzen und die ältesten drei Atomkraftwerke unseres Landes umgehend stillzulegen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts haben wir endlich die Chance, eine solche Energiewende einzuleiten und uns aus dieser auch für das Klima fatalen Abhängigkeit zu befreien. Wollen wir dieses Ziel erreichen, muss die Entwicklung der erneuerbaren Energien beschleunigt werden, um unseren gesamten Stromkonsum bis 2035 aus unerschöpflichen Quellen zu decken und die Verschwendung fossiler Energie bis im Jahr 2050 um 80% zu verringern.

Begründung: Dem Text zu Forderung 10 mangelt es an konkreten Vorschlägen. Die SP muss Lösungen für den Ausstieg aus der Atomkraft herbeiführen und darf es nicht bei frommen Wünschen bewenden lassen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Begründung: Die Geschäftsleitung ist einverstanden mit der neuen Formulierung im Text. Allerdings empfiehlt sie den folgenden Satz aus der ursprünglichen Formulierung zusätzlich einzubauen nach "*...für das Klima fatalen Abhängigkeit zu befreien*":

Ausserdem schafft der Einstieg in ein erneuerbares Energiezeitalter tausende von sicheren und attraktiven Arbeitsplätzen.

Neue Forderungen

A-18 Die Bilateralen Verträge müssen gerettet und die Vor- und Nachteile eines EU-Beitritts sachlich diskutiert werden

Antragsteller: Jon Pult, Präsident SP Graubünden

Ziel: Neue Forderung, ersetzt Forderung 7

Text: Mit dem Entscheid der SNB, den Mindestkurs aufzugeben, könnte die europäische Wirtschaftskrise nun auch die Schweiz erreichen. Was wir seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014 wissen, wurde uns noch klarere vor Augen geführt: Alleingang, Abschottung, nationale Nabelschau und die Verklärung eines verkürzten Souveränitätsbegriffs sind nicht nur moralisch fragwürdig. Sie führen unser Land über kurz oder lang in die politische und wirtschaftliche Sackgasse. Nur internationale Zusammenarbeit und Solidarität funktionieren in der heutigen Welt, um Wohlstand, Frieden und Nachhaltigkeit zu sichern.

Darum kämpft die SP für stabile und faire Verhältnisse mit der EU. Als dringliche Massnahme braucht es eine erneute Volksabstimmung, um die Bilateralen Verträge zu retten. Zugleich braucht es innenpolitische Reformen, um den Einwanderungsbedarf zu senken. Eine bessere Arbeitsmarktintegration von älteren Menschen, Frauen, Jugendlichen und Personen mit Behinderung, eine Kinderbetreuungs- und Bildungsoffensive sowie Massnahmen gegen Steuerdumping sind wirksam und wichtig.

Genauso wichtig ist eine sachliche und vorurteilsfreie Debatte um die langfristigen Vor- und Nachteile eines EU-Beitritts. Denkverbote und politische Tabuzonen widersprechen dem Interesse aller Schweizerinnen und Schweizer. Die kommende Legislatur muss eine solche Debatte ermöglichen.

Begründung: Das Verhältnis der Schweiz zur EU ist für unser Land wohl die wichtigste politische Frage der kommenden Jahre. Darum muss die SP als grösste progressive Kraft und zweitgrösste Partei des Landes eine klare Position dazu in ihrer Wahlplattform verankern. Die richtigen aber sehr generischen Aussagen in der nicht antragsberechtigten „Präambel“ genügen nicht.

Gegen die Einführung von Kindergutschriften ist inhaltlich natürlich nichts zu sagen. Aber da die Wahlplattform maximal 10 Punkte aufweisen darf, muss eine Prioritätenordnung gemacht werden. Hierbei kann davon ausgegangen werden, dass die Forderung nach Kindergutschriften für die Wählerschaft nicht von sehr grosser Relevanz ist.

Bemerkung: Dieser Antrag ersetzt Forderung Nr. 7 (Kindergutschriften). Allerdings sollten die Forderungen bei Annahme des Antrages neu nummeriert werden. Das Verhältnis der Schweiz zur EU ist so zentral, dass eine Platzierung an siebter Stelle nicht zweckmässig wäre.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die SP hatte sich vor 22 Jahren als Partei der europäischen Integration positioniert. Realistisch und zukunftsweisend zugleich. Diese strategische Option muss und wird die SP jetzt weiterverfolgen. Seit dem 9. Februar haben wir uns wiederholt und unmissverständlich dafür ausgesprochen, dass für die Schweiz und die ganze Bevölkerung ein gutes Verhältnis zu Europa zent-

ral ist. Die Beziehung zu Europa muss aus Sicht der SP gestärkt, ausgebaut und auf eine verlässliche Basis gestellt werden. Dieses Credo wird in der Präambel der Wahlplattform als übergeordnetes Thema festgehalten.

Ein starkes Bekenntnis zu Europa hat die SP mit der Verabschiedung der Europa-Resolution „Gemeinsam für eine soziale und offene Schweiz in einem sozialen und prosperierenden Europa – jetzt erst recht!“ kurz nach der Abstimmung vom 9. Februar ausgesendet (siehe dazu www.sp-ps.ch/de/soziale-schweiz).

Die SP hat die gute Beziehung zu Europa und die Bedeutung der bilateralen Verträge denn auch als Richtschnur für das umfangreiche Positionspapier zur Umsetzung des Art. 121a der Bundesverfassung gewählt (siehe dazu www.spschweiz.ch/aussenpolitik) welches an der Delegiertenversammlung in Liestal verabschiedet wurde.

2016 wird die Bevölkerung voraussichtlich über die Frage entscheiden können, welche Beziehung wir mit Europa in Zukunft möchten. Die SP wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass mit dieser Abstimmung den Abschottungsgelüsten endgültig abgeschworen werden kann. Die Geschäftsleitung möchte die Frage, welchen Weg die Schweiz in Zukunft gehen wird, ob offen und gemeinsam mit Partnern oder alleine und abgeschottet, als übergeordnetes Thema beibehalten, die Flughöhe bewahren und sieht keinen Grund diese Fragestellung in eine Forderung zu giessen, welche darauf zielt die Bilateralen zu bewahren und Optionen zu diskutieren.

A-19 Stopp von Spekulation, Verschandelung und LKW-Lawinen als Basis einer sorgfältigen Berggebiets- und Tourismuspolitik

Antragsteller: Jon Pult, Präsident SP Graubünden

Ziel: Neue Forderung, ersetzt Forderung 8

Text: Der Alpenraum ist das letzte grosse Naturgebiet im Herzen Europas. Die Schweiz trägt die Verantwortung für einen grossen Teil dieses ökologisch sensiblen und touristisch attraktiven Raums. Für die SP ist das eine doppelte Verpflichtung. Einerseits müssen Natur und Landschaft der Alpen geschützt werden. Andererseits müssen die Menschen im wirtschaftlich angeschlagenen Berggebiet neue Perspektiven erhalten.

Schöne Landschaften, intakte Ortsbilder, gute Luft und Ruhe sind das touristische Grundkapital des Berggebiets. Darum setzt sich die SP für eine konsequente und tourismusfreundliche Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative ein. Diese stoppt die Bodenspekulation, schützt die Landschaften, stärkt die Hotellerie strategisch und bietet für die Einheimischen in den touristischen Hot Spots Chancen für bezahlbares Wohnen.

Um den kriselnden Tourismus zu stützen und zu modernisieren, braucht es zudem Investitionshilfen für die Hotellerie sowie Instrumente zur Innovations-, Diversifizierungs- und Kooperationsförderung in der Branche.

Damit die Natur, die touristische Attraktivität und die Lebensqualität in den Alpen nicht unter die Räder kommen, muss auch der Schwerverkehr eingedämmt und der Gütertransit auf die Schiene verlagert werden. So will es die Verfassung. Darum stemmt sich die SP mit aller Kraft gegen die zweite Gotthardröhre.

Begründung: Die Wahlplattform einer grossen linken Partei, die das ganze Land repräsentieren will, darf das für das Selbstverständnis der ganzen Schweiz wichtige Berggebiet nicht ausklammern. Zudem sind mit der Tourismuskrise, der Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative und der Abstimmung über die zweite Gotthardröhre drei Themen – wohl auch im Wahlkampf – sehr aktuell, die klare Positionen der SP erfordern. Mit ihren Positionen zu diesen Themen dürfte die SP zudem über ihre Stammwählerschaft hinaus Sympathie geniessen. Sicher kein Nachteil im Wahlkampf!

Natürlich ist die Forderung nach einer Beschränkung der KK-Prämien auf maximal 10% des Haushaltseinkommens richtig und schon heute Teile der SP-Programmatik. Aber da die Wahlplattform maximal 10 Punkte aufweisen darf, muss eine Prioritätenordnung gemacht werden. In der Gesamtsicht scheint darum die Aufnahme eines Punkts zum Berggebiet wichtiger als diese schon ältere Forderung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die SP setzt sich mit aller Kraft für eine Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative ein, die keine Schlupflöcher bietet und den Alpenraum und die Landschaft schützt. Sollte die Umsetzung löchrig sein und den Verfassungsauftrag missachten, ist die SP bereit mit befreundeten Organisationen das Referendum gegen die Umsetzungsgesetzgebung zu ergreifen.

Ebenso bei der Bekämpfung der zweiten Gotthardröhre wird sich die SP mit zahlreichen Organisationen an vorderster Front dafür einsetzen, dass diese wichtige Abstimmung 2016 gewonnen wird.

Die Geschäftsleitung anerkennt, dass es in der kommenden Legislatur viele wichtige Themen auf der Agenda stehen, die unseren Einsatz erfordern werden. Trotzdem möchte die Geschäftsleitung in der Wahlplattform die 10 wichtigsten und übergreifendsten Forderungen betonen und am Thema der Krankenkassenprämien festhalten.

A-20 Gute Löhne und Anstellungsbedingungen durchsetzen

Antragsteller: Felix Birchler, Vize-Präsident SP Kanton St.Gallen

Ziel: Zusammenlegung Punkte 1 und 4

Text: Es sind die Arbeitnehmenden, die mit ihrem Wissen, ihren Fähigkeiten und ihrem Können jeden Tag Wohlstand schaffen und zum Fortschritt der Schweiz beitragen. Dafür brauchen sie anständige Löhne, gute Arbeitsbedingungen und Sicherheit am Arbeitsplatz.

Die SP kämpft für die Einführung und Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen in sämtlichen Branchen. GAV regeln den Mindestlohn, die Lohnentwicklung, Möglichkeiten für Weiterbildung oder die Arbeitszeit. Sie bieten den Arbeitnehmenden aber auch rechtlichen Schutz vor einseitigen Änderungen der Anstellungsbedingungen (die Eurokrise ist nicht die letzte Sau, welche die Arbeitgeberverbände durchs Dorf treiben, um Druck auf die Löhne und Arbeitszeiten zu machen...) Der Kündigungsschutz in der Schweiz muss ausgebaut werden, insbesondere für besonders schwer vermittelbare Arbeitnehmende. Die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau, aber auch zwischen Schweizern und Nichtschweizern ist durchzusetzen mittels Lohnmonitoring mit verbindlichen Zielvorgaben und Sanktionsmöglichkeiten. Die SP setzt sich ein für die Wirtschaftsdemokratie und die Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmenden gegenüber den Interessen des Kapitals.

Begründung: Mit dem Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende und der Lohngleichheit zwischen Mann und Frau wurden zwei Einzelforderungen herausgepickt. Stattdessen sollten wir uns die Verbesserung der Lohn- und Anstellbedingungen in ihrer Gesamtheit auf die Fahne schreiben. Der vorliegende Textantrag trägt dem Rechnung und schafft gleichzeitig Raum für weitere Forderungen, die zwingend in die Wahlplattform 2015 gehören.

A-21 Personenfreizügigkeit mit der EU retten – oder beitreten

Antragsteller: Felix Birchler, Vize-Präsident SP Kanton St.Gallen

Ziel: Neue Forderung. Raum dafür geschaffen durch die Zusammenlegung der Forderungen 1 und 4 oder 6 und 7.

Text: Mit dem Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative am 9. Februar 2014 hat das Schweizer Stimmvolk den bilateralen Weg (vorläufig) in eine Sackgasse gelenkt. Das Verhältnis zu Europa wurde durch diesen Entscheid massiv getrübt und verkompliziert. Der Schweiz droht die politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Isolation, wenn es nicht in den kommenden zwei Jahren nicht gelingt, erneut stabile Beziehungen zur EU aufzubauen.

Für die SP ist klar, dass die EU eine Aufkündigung der Personenfreizügigkeit nicht akzeptieren kann und darf. Unter dieser Voraussetzung liegt auf der Hand, dass eine Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative den Bruch mit der EU zur Folge hätte. Die SP setzt sich deshalb dafür ein, dass das Schweizer Stimmvolk erneut über das Verhältnis zur EU abstimmen kann. Den bilateralen Weg gibt es nur inklusive der Personenfreizügigkeit – das ist heute vielen Bürgerinnen und Bürger bewusster als vor

dem 9. Februar 2014. Spricht sich das Schweizer Volk erneut gegen die Fortführung des bilateralen Wegs aus, so setzt sich die SP den Beitritt der Schweiz zur EU als neues strategisches Ziel. Die Isolation ist keine Option.

Begründung: Eine SP-Wahlplattform 2015, die keine Forderung zum Verhältnis der Schweiz zur EU enthält, ignoriert eines der zentralen Themen des Wahlkampfes. Peinliches Schweigen zu den Themen, die die Wählerinnen und Wähler wirklich beschäftigen, können wir uns schlicht nicht länger leisten.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung von A20 und A21

Begründung: Die Geschäftsleitung möchte bei den Forderungen konkret bleiben und hier nicht zwei zentrale und wichtige Anliegen vermischen, sondern an den Punkten 1 und 4 festhalten.

Die SP ist nicht länger bereit die Lohnungleichheit zwischen Frau und Mann zu akzeptieren. Die Zeit der freiwilligen Massnahmen ist vorbei und hat ungenügende Resultate gebracht.

Die Situation der älteren Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt ist mit dem Entscheid der SNB, den Mindestkurs aufzuheben, noch einmal angespannter. Die Geschäftsleitung ist überzeugt, dass es besondere Massnahmen braucht zum Schutz der älteren Arbeitnehmenden wie in der Plattform begründet.

Den neuen Punkt mit Antrag 21 lehnt die Geschäftsleitung mit der gleichen Begründung wie zu Antrag 18 ab.

A-22 Familien unterstützen statt reiche Eltern beschenken

Antragsteller: Felix Birchler, Vize-Präsident SP Kanton St.Gallen

Ziel: Zusammenlegung der Forderungen 6 und 7

Text: Die Familie ist und bleibt für viele Menschen die wichtigste und am direktesten erfahrbare Form der Gemeinschaft. Doch auch sie ist vielfältigen Veränderungen unterworfen und „die Familie“ ist heute ein Begriff, der eine Vielzahl an Lebensformen beinhaltet.

Familien- und Berufsleben unter einen Hut zu bringen, ist eine Herausforderung. Für die verschiedenen Familienformen ebenso wie für die Gesellschaft als Ganzes. Die SP fordert einen starken Ausbau der öffentlichen Infrastruktur zugunsten von Familien, sei es mit zusätzlichen Kitaplätzen zu erschwinglichen Preisen oder sei es durch die Schaffung eines flächendeckenden Tagesschulangebots. Tagesstrukturen bilden eine wichtige Grundlage für die Chancengleichheit und fördern alle Kinder optimal. Auch die Wirtschaft ist gefordert ihren Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familien zu leisten. Die Möglichkeiten für Teilzeitarbeit für beide Elternteile müssen genauso ausgeweitet werden wie der Elternurlaub.

Oft brauchte es mehr als einen vollen Lohn, um als Familie ein würdiges Leben führen zu können. Anstelle des bisherigen Systems der Kinderabzüge, das vor allem reiche Eltern entlastet fordert die SP die Einführung eines einfachen und gerechten Gutschriftsystem: eine Gutschrift für jedes Kind.

Begründung: Die beiden Themen der Forderungen 6 und 7 werden sinnvollerweise unter dem Grundgedanken der Unterstützung sämtlicher Familienformen und der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie zusammengeführt. Gleichzeitig wird durch diese Zusammenführung Raum für weitere Forderungen geschaffen, die zwingend in die Wahlplattform 2015 gehören.

A-23 Zuwanderung in den Arbeitsmarkt regeln

Antragsteller: Felix Birchler, Vize-Präsident SP Kanton St.Gallen

Ziel: Neue Forderung. Raum dafür geschaffen durch die Zusammenlegung der Forderungen 1 und 4 oder 6 und 7.

Text: Die Zustimmung zur Masseneinwanderungs-Initiative am 9. Februar hat eine Reihe von gesellschaftlichen Problemen offengelegt.

Im viel gerühmten „liberalen“ Schweizer Arbeitsmarkt (mit seinem schwachen Kündigungsschutz, einer tiefen GAV-Abdeckung, fehlendem gesetzlichen Mindestlohn und mangelhafter Kontrolle der Einhaltung allgemeinverbindlicher Anstellungsbedingungen) führt die Zuwanderung zu Druck auf die Inländerinnen und Inländer. Lohndumping und prekäre Anstellungsverhältnisse sind nur die sichtbarsten Auswirkungen. Für die SP ist klar, dass die Lösung nicht in einer Aufkündigung der Personenfreizügigkeit liegt, sondern in der stärkeren Regulierung des Schweizer Arbeitsmarktes.

Das Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative war aber auch der explizite Ausdruck einer zunehmenden latenten Fremdenfeindlichkeit in diesem Land. Diese wird bewusst geschürt von der rechtspopulistischen SVP und weitergetragen und verbreitet von zunehmend unkritischen oder gleichermassen fremdenfeindlich getönten Medien. Die SP stellt sich mit Entschiedenheit gegen diese Entwicklung. Es kommt nicht in Frage, dass im Zuge der Diskussionen um die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative diskriminierende Massnahmen ergriffen oder menschenunwürdi-

ge neue Regelungen für Ausländerinnen und Ausländer (wie etwa das Saisonierstatut) eingeführt werden.

Begründung: Eine SP-Wahlplattform 2015, die keine Forderung zum Thema Einwanderung enthält, ignoriert eines der zentralen Themen des Wahlkampfes. Peinliches Schweigen zu den Themen, die die Wählerinnen und Wähler wirklich beschäftigen, können wir uns schlicht nicht länger leisten.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung von A22 und A23

Begründung: Die Geschäftsleitung möchte an den Forderungen 6 und 7 festhalten. Einerseits geht es bei der Chancengerechtigkeit stark um den Bildungsaspekt und darum, dass alle Kinder die gleichen Chancen erhalten. Hingegen in Punkt 7 geht es darum, dass heutige System der finanziellen Unterstützung von Familien gerechter und effektiver zu gestalten. Diese beiden Forderungen ergänzen sich gut, sollten aus Sicht der GL jedoch als eigenständige Forderungen beibehalten werden.

Die Geschäftsleitung lehnt ausserdem die Aufnahme einer neuen Forderung mit A23 ab. Es sind in erster Linie sozial- und wirtschaftspolitische Antworten, welche sowohl auf die Ängste in der Bevölkerung als auch die Herausforderung der Zuwanderung gegeben werden müssen (siehe dazu auch das Positionspapier zur Umsetzung von Art. 121a (siehe dazu www.spschweiz.ch/aussenpolitik). In der Wahlplattform finden sich dazu sehr viele konkrete und wichtige Forderungen (Lohnschutz, Bildung, Vereinbarkeit Familie und Beruf, bezahlbarer Wohnraum etc.). Die Geschäftsleitung möchte auf dieser Ebene bleiben und empfiehlt den Antrag, der im Übrigen keine konkrete Forderung enthält, zur Ablehnung.